

Schaffsmühler General-Anzeiger

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: freibleibend

Zeitung für das mittlere Völkme-Gebiet.

Antliches Publikationsorgan
für die Gemeinden Schaffsmühle, Lüdenscheld und Hülfscheld.

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6
Goldpf., für Behörden Finanzanzeigen und aus-
wärtige Anzeigen 10 Goldpf. — Reklame 40
Goldpf. — Offertbühren 10 Goldpf. u. Porto.

Nr. 241

Anzeigenannahme, Expedition und Abonnementsannahme
Herm. Fr. Bohmer, Schaffsmühle, Bahnhofstraße.

Freitag, den 7. Dezember

Druck und Verlag: Wihl. B. ll jr., Hainzer. W.
— Fernsprecher Nr. 42. —

1923

Das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Reichsrat und Ermächtigungsgesetz.

Mit 45 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Reichsrat hat in seiner Dienstag-Sitzung das vielumstrittene Ermächtigungsgesetz mit 45 gegen 9 Stimmen angenommen, also mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Majorität. Er hat dabei mit Zustimmung der Reichsregierung die Änderung eingefügt, daß eben, so wie der Reichstag auch der Reichsrat berechtigt sein soll, die Aufhebung von Verordnungen zu verlangen, die auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten die Vertreter von Sachsen, Braunschweig und der preussischen Rheinprovinz. Der Stimme enthielt sich Thüringen; Bayern behielt sich vor, seine Stimmabgabe im Protokoll nachzutragen.

Der Wortlaut des Entwurfs,

wie er dem Reichsrat vorlag, war folgender:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Regierungserklärung im Reichstage.

Vorstellung des neuen Kabinetts.
Sitzungsbericht.

Der Kanzler stellt das neue Kabinett dem Hause vor. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte für Wiederaufbau ist der Staatssekretär Dr. Müller beauftragt. Eine Besetzung des Ministeriums für die besetzten Gebiete hat einstweilen noch nicht stattgefunden. Vorläufig wird es vom Postminister Dr. Hoesle verwaltet.

Reichskanzler Dr. Marx

begrüßt zur Einleitung mit besonderem Dank, daß Dr. Stresemann sich bereitgefunden habe, das Amt des Außenministers zu übernehmen. Es ist, so erklärt er, dadurch die Stetigkeit der auswärtigen Politik, wie sie in so hohem Maße wünschenswert ist, gesichert. Der Reichskanzler spricht dem Außenminister für seine erfolgreiche und für das deutsche Volk bedeutungsvolle Tätigkeit als Chef des letzten Kabinetts den allerherzlichsten Dank aus. (Beifall.) Der Kanzler dankt weiter dem Minister Fuchs, der für die besetzten Gebiete Hervorragendes geleistet habe. Leider habe zum größten Schaden des Deutschen Reiches und Volkes die durch den Reichstagsbeschluß vom 22. November hervorgerufene Krise weit länger gedauert, als es wünschenswert gewesen wäre. Er wolle nicht untersuchen, wen die Schuld an dieser Regierungskrise treffe. Angesichts der traurigen, geradezu

fürchterlichen politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes

sei es die wichtigste und erste Pflicht eines jeden, der im Partei- und öffentlichen Leben stehe, vor allem aber auch eine Pflicht der Regierung, alles zurückzustellen, was irgendwie geeignet ist, die leider schon allzu großen Gegensätze in unserm Volke zu vertiefen. (Zustimmung.) Der Reichskanzler fährt weiter fort:

Mein Kampf geht weder gegen rechts noch gegen links, sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das Beste rauben wollen, was uns geblieben ist: „Die Einheit der Nation“. Ich halte es deshalb für das zwingende Gebot der Stunde, alles zu versuchen, um bestehende Gegensätze auszugleichen und das Hervortreten neuer zu vermeiden. Die ganze Kraft der Regierung und der politischen Parteien muß darauf gerichtet sein, unser Volk und unser Vaterland aus dem tiefen Abgrund wirtschaftlichen und finanziellen Verfalls, in den wir durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges gestürzt sind, wieder herauszuheben und zu retten. (Zustimmung.) Der Reichskanzler erinnert an die Ausführungen des Finanzministers, der den geradezu katastrophalen Stand unserer Finanzen dargelegt habe, und fügt hinzu: In der Finanzlage sieht sich die Regierung vor eine Aufgabe von einer vielleicht in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeit gestellt. Die Verlängerung der Regierungsbildung hat unersehbare Tage verstreichen lassen.

Eine sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen, die planvoll vorbereitet war, muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Nicht minder müssen alle bereits ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Beschränkung der Ausgaben mit einem solchen Nachdruck angepaßt werden, daß alle entgegenstehenden Hindernisse rücksichtslos überwunden werden.

Nicht Worte will das Volk hören, sondern Taten sehen!

Dazu kommt, daß über die Einzelheiten der äußeren und inneren Politik in verschiedenen Reden der letzten Regierung ausführliche Darlegungen erfolgt sind. Es dürfte sich erübrigen, dies jetzt nochmals zu tun, zumal da die gegenwärtige Regierung sich in ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht von der vorigen unterscheidet. Entscheidend für das Verhalten der Regierung muß die geradezu katastrophale Lage unserer Wirtschaft und unserer Finanzen sein. Es ist eine Lebensfrage für Reich und Volk, hier die richtigen Mittel und Wege zu finden, die zur Rettung und Besserung führen. Als einen solchen Weg glaubt die Regierung ein

Ermächtigungsgesetz

anzusehen zu sollen, das ihr in ausreichendem Maße die Möglichkeit gewährt, mit der durch die Zwangslage erforderlichen Schnelligkeit diejenigen Maßnahmen zu treffen, die sich nach pflichtmäßigem Ermessen und genauester Prüfung der Verhältnisse für erforderlich und zweckmäßig hält, das gewünschte Ziel zu erreichen. Die Regierung ist der Meinung, daß angesichts des ungeheuren Schwanges der Zeit langwierige Verhandlungen im Reichstage, wie sie die Beratung einschneidender wirtschaftlicher und finanzieller Gesetze erfordern würden, nicht wünschenswert, ja geradezu unerträglich erscheinen.

Es ist nur noch eine Frage von Tagen, ob uns noch im letzten Augenblick die Rettung vor dem drohenden völligen Verfall gelingt. Beim Ermächtigungsgesetz kommen in erster Linie Verordnungen über steuerliche Maßnahmen in Betracht, die sich im Rahmen der letzten Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther bewegen. Die Regierung soll aber auch im übrigen das Recht zu Maßnahmen haben, die als dringende Forderungen der Notlage erscheinen. Wir appellieren an die Vaterlandsliebe und das Pflichtgefühl der Volksvertreter, wenn wir um außergewöhnliche Vollmachten für eine Regierung bitten, die glaubt, auf die Zustimmung weiter Kreise der Volksvertretung rechnen zu dürfen.

Es ist überaus schmerzhaft, daß zu einer Zeit, wo die Einmütigkeit aller deutschen Stämme mit Rücksicht auf diese Gefahren, die uns durch die Uebermacht unserer Gegner drohen, wünschenswerter wäre wie je zuvor, das Verhältnis zwischen

Reich und einzelnen Ländern

in vielfachen Beziehungen geprüft ist. Es soll meine ernste und wichtigste Aufgabe sein, in kürzester Zeit die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Unter selbstverständlicher Achtung der Bestimmungen unserer Reichsverfassung wird man doch in manchen Beziehungen die vielfach gewünschte Erweiterung der Befugnisse der Länder zugeben können. Ich beabsichtige, möglichst bald in Verhandlungen mit den in erster Linie in Betracht kommenden Ländern einzutreten. (Beifall.) In enger Verbindung mit dieser Frage steht die Aufhebung des bestehenden

militärischen Ausnahmezustandes.

Angesichts der Umsturzbefürchte verbrecherischer Elemente zur Erreichung ihrer politischen Ziele, aber auch angesichts der Wirkungen geringer Ruhestörungen, Lebensstörungen usw., ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der nächsten Zeit die wichtigste Vorbedingung für den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß.

Unter diesen Umständen ist der militärische Ausnahmezustand zurzeit nicht zu entbehren. Die augenblickliche Ruhe im Reich ist wesentlich eine Folge des Ausnahmezustandes. Selbstverständlich muß aber der Ausnahmezustand, seinem Namen entsprechend, eine Ausnahme bleiben und abgebaut werden, sobald es die Verhältnisse erlauben.

Ihre besondere Aufmerksamkeit und tätige Fürsorge wird die neue Regierung den besetzten Gebieten zuwenden. In vollem Einklang mit den Landesregierungen erklärt die Reichsregierung, daß sie gegenüber allen Abtrennungsversuchen an der

Zugehörigkeit des Rhein- und Ruhrgebiets

zum Reiche und zu den Ländern unbedingt festhält. Der Reichskanzler schließt mit der Bitte an die Volksvertretung, sich allein von dem Gedanken leiten zu lassen: Alles Trennende soll vor der Not der Stunde zurückgestellt werden! Jetzt gilt es, für das Reiche und des Volkes Wohl zu arbeiten und zu handeln! (Lebhafter und immer wiederholender Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers schlug der Präsident vor, die Sitzung auf Mittwoch zu verlagern. Der deutschösterreichische Abgeordnete v. Graefe fragte noch an, ob sein Antrag auf Aufhebung seiner Immunität beim Reichskanzler eingegangen sei. Nachdem der Präsident diese Frage aneignete, wurde die Sitzung geschlossen.

Um das Ermächtigungsgesetz.

Die sofort nach der Regierungserklärung eingetretene Vertagung hat den Zweck, den Fraktionen und ihren Führern Gelegenheit zu geben, zu prüfen, ob ein Ausweg aus der verfahrenen Situation gefunden werden kann.

Wie man von besonderer parlamentarischer Seite erfährt, wollten sowohl Deutsche Nationalen wie Sozialdemokraten dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen. Es bliebe dann kein anderer Weg übrig, als den Reichstag aufzulösen. Abends 6 Uhr begannen die Verhandlungen der einzelnen Fraktionen, um den Parteien noch einmal Gelegenheit zu geben, von sich aus neue Vorschläge zu einer anderen Lösung der schwebenden Krise zu machen, und deshalb ist auch das Ermächtigungsgesetz selbst, das der Reichsrat angenommen hat, auf die morgige Tagung verschoben worden. In den Verhandlungen des Reichstages gewann immer mehr die Ansicht Raum, daß es zu einer Auflösung des Reichstages nicht kommen würde, sondern, daß in irgendeiner Form die erforderliche Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz zustandekommen würde.

In der Hauptsache würden die Parteien, die nicht zu der neuen Koalition gezählt werden, das Zustandekommen des Gesetzes ermöglichen, weil sie dem Volke in dieser schweren Zeit die Aufregung eines Wahlkampfes ersparen möchten. Ein Wahlkampf nach einer Auflösung und ein Wahlkampf nach einer normalen Schließung des Reichstages sind zwei verschiedene Dinge.

(395. Sitzung.) CB. Berlin, 5. Dezember.

Auf Grund eines Beschlusses des Ältestenrates soll heute die erste und zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes in Verbindung mit der Besprechung der gestrigen Regierungserklärung durchgeführt werden. Morgen soll die dritte Lesung und die entscheidende Abstimmung über das Gesetz vorgenommen werden. Die Aussichten für diese Abstimmung gehen auf Grund der verschiedenen Fraktionsbesprechungen, die inzwischen stattgefunden haben, im allgemeinen dahin, daß das Gesetz wahrscheinlich angenommen werden wird.

Die Sozialdemokraten haben beschlossen, ihre im Hause anwesenden Mitglieder zu verpflichten, für das Gesetz zu stimmen. Ihre Fraktionsstimmung am Dienstag kam nämlich mit 74 gegen 53 Stimmen zu dem Ergebnis, das Ermächtigungsgesetz in einer von den Koalitionsparteien der Reichsregierung vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Danach soll vor dem Erlass von Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ein Ausschuß des Reichstages angehört werden, ohne daß er aber ein Beschlusßrecht hat. Die Regierung ist mit dieser Änderung einverstanden. Die Stellung der Deutschen Nationalen ist vorläufig noch unbestimmt. Selbst, wenn ein Teil der Sozialdemokraten und die Deutschen Nationalen nicht an der Abstimmung teilnehmen würden, so wäre bei guter Besetzung des Hauses doch die nötige Anzahl für zwei Drittel der Abgeordneten vorhanden, um die Abstimmung durchzuführen.

Sitzungsbericht.

Als erster Redner sprach der Sozialdemokrat Scheidemann, der namens seiner Fraktion die Erklärung abgab, daß die Sozialdemokraten dem Ermächtigungsgesetz mit der Maßgabe zustimmen wollen, daß einer Vertretung des Reichstages dieselbe Mitwirkung zugesichert werde wie dem Reichstag selbst. Er stellte fest, daß die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes nur zur Folge haben würde, daß der Artikel 48 angewendet und das Parlament vollständig ausgeschaltet würde. Die Sozialdemokraten wollen diesem Zustand vorbeugen, stellen aber fest, daß sie keine Verantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts übernehmen können, dem sie selbst nicht angehören.

Als nächster Redner sprach der Zentrumsabgeordnete Dr. Raas, der zunächst scharfe Worte der Kritik für die soeben vorübergegangene lang andauernde Regierungskrise fand. Es sei notwendig, daß innerhalb der einzelnen Parteien ein Gesundungsprozeß beginne. Der Sturz der Regierung könne höchstens durch die Aufschaltung gewisser störender Kreise im Parlament ausgeglichen werden. Das deutsche Volk könne nur dann wieder zur Höhe geführt werden, wenn die politische Vernunft sich um einen festen Kristallisationspunkt sammeln könne. Raum noch 1 % der Staatsausgaben seien jetzt durch Einnahmen gedeckt. Infolgedessen sei die schnellste Arbeit nötig, und das Parlament müsse sich gewisse Einschränkungen auferlegen. Die Vertreter der besetzten Gebiete müßten jeder Regierung den schärfsten Kampf anfeuern, wenn sie jemals den Grundbesitz der unbedingten Schicksalsgemeinschaft der besetzten Gebiete mit dem Reiche preisgeben wollten. Im Hinblick auf die Außenpolitik erklärte der Redner, Deutschland sei zur Verständigung bereit, aber nur, wenn eine Grenze eingehalten werde, die für jeden Deutschen eine Selbstverständlichkeit sei.

Nummehr gab der Führer der deutsch-völksparteilichen Fraktion, Abg. Dr. Schulz, eine Erklärung ab, in der er sagte, daß dieses Kabinett dem vorigen so sehr gleiche, daß es eigentlich nur ein neues Elitett trage. Auch dieser Redner beurteilte die lange Dauer der Regierungskrise und erklärte, es sei durchaus verständlich, wenn in den weitesten Kreisen des Volkes die Achtung vor dem Parlament gesunken sei. Im Gegensatz zu anderen Ländern müsse man bei uns leider eine völlige Verantwortungslosigkeit der Opposition feststellen, das habe die Geschichte dieser letzten Krise bewiesen. Der Reichstag müsse so schnell wie möglich verschwinden, das sei heute die allgemeine Parole der Öffentlichkeit. Er müsse dazu sagen, daß die außenpolitische Lage sich dadurch nur verschlechtern würde. Eine deutsche Regierung, hinter der kein Reichstag stehe, würde nicht

Paris. In der französischen Kammer stimmten 290 Abgeordnete gegen, 275 für einen von der Regierung empfohlenen Wahlreformartikel. Poincaré stellte aber keine Vertrauensfrage.

Preussischer Landtag.

(222. Sitzung.) u. Berlin, 5. Dezember.

Der Gesetzentwurf über die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirchen wurde in der gestrigen Sitzung des Landtages ohne Aussprache der Ausschüsse ratifiziert. Kultusminister Dr. Böllig war in seiner Begründung des Entwurfs auf die einzelnen Punkte des Gesetzes eingegangen und hatte vor allem die Mitwirkung des Staates auf dem Gebiete des Steuerwesens, der Vermögensaufeinanderbeziehung und des Disziplinarverfahrens hervorgehoben. Daß die Frage des sogenannten Vorstands (Präambel) in die Kirchenverfassung aufgenommen werde, hielt der Minister nicht für notwendig.

Es folgte dann die Beratung einer größeren Anzahl von Notverordnungen, u. a. der Verordnung über die vorläufige Neuordnung der Gewerbesteuer. Ein Teil dieser Verordnungen wurde zur weiteren Beratung dem Hauptausschuß überwiesen.

Mit einer Regierungserklärung

begann die heutige Sitzung, die Ministerpräsident Braun abgab. Er schilderte zunächst das durch die Rhein- und Ruhrbesetzung entstandene Elend. Die Separatistenbewegung hat die Not gesteigert. Schließlich ist an die Stelle des passiven Widerstandes der Deutschen der passive Widerstand der Franzosen gegen die Aufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit getreten. Dadurch wird auch immer klarer, daß die Franzosen mit ihrer Pfänderpolitik nicht so sehr die Sicherungen ihrer Reparationsforderungen, als vielmehr politische Ziele verfolgen, mit grausamer Konsequenz, unbekümmert um die Leiden der Bevölkerung. Die französische Rheinlandspolitik ist nicht darauf gerichtet, die preussische Rheinlandprovinz zu einem deutschen selbständigen Staat im Rahmen des Deutschen Reichs gleich den anderen deutschen Ländern zu machen, sondern ihr Ziel ist: die Trennung dieses Gebiets vom Reich. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit den Ansätzen gewehrt werden.

Keine staatsrechtliche Änderung im Rheinlande.

Allen Bestrebungen zu diesem Zweck hat die preussische Staatsregierung bisher den entschiedensten Widerstand entgegengeleitet. Sie wird sie auch in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Dieses gilt auch für alle die Pläne, die darauf gerichtet sind, staatliche Hoheitsrechte auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens entgegen gesetzlichen und Verfassungsvorschriften für ad hoc zusammengestellte Ausschüsse oder für aus diesen gebildete Körperschaften in Anspruch zu nehmen. Nach wie vor bleibt das bestehen, was ich bereits in der Sitzung des Landtages vom 9. Oktober d. J. erklärt habe, daß die Preussische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande niemals preisgeben werde.

Die Staatsregierung muß es auch ablehnen, einer staatsrechtlichen Änderung, wie immer sie auch gestaltet sein mag, ausdrücklich oder stillschweigend zuzustimmen. Sie lehnt vielmehr jede territoriale Änderung preussischen Gebiets und jede Beeinträchtigung preussischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ab.

Die Reichsregierung wird insbesondere hinwirken auf die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung der besetzten und unbesetzten Teile des Staates auf finanziellen und wirtschaftlichem Gebiete.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Mehrheit des Hauses mit Beifall aufgenommen. Präsident Heinert war infolge der lärmenden Zurufe der Kommunisten genötigt, einzugreifen und die Kommunisten zu ersuchen, die Würde des Hauses zu wahren, zumal in solch einer entscheidenden Stunde, in der es sich um das Schicksal des Deutschen Reichs handelte.

In der Diskussion

Nimmte der deutschnationale Redner Abg. Nippel dem Standpunkt der Regierung zu. Abg. Schönering (Zentr.) sagte, es sei eine schwere Täuschung, wenn das Ausland an Unterstützung der französischen Pläne durch das Zentrum im Rheinland glaube. Solange der Fuß eines französischen Soldaten auf rheinischem Boden steht, ist für uns jede Verhandlung über eine Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Rheinlande ausgeschlossen. Abg. Nibig (D. Volksp.) begrüßt die geschlossene Einheitsfront, die sich im Landtage in der Rheinlandfrage zeigte, und das klare Bekenntnis des Ministers.

Reich und Länder.

Eine Ansprache des neuen Kanzlers.

Berlin, 4. Dezember.

Heute trat der Reichsrat zu einer Sitzung zusammen, um das Ermächtigungsgesetz zu beraten. Die Verhandlungen leitete der neue Reichskanzler selber. Er führte einleitend aus:

Ich will es mir nicht versagen, gleich in dieser Sitzung des Reichsrates einige Worte an Sie zu richten und Ihnen meine Gedanken über das Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und den Ländern ganz kurz darlegen. Ich kann Sie versichern, daß es mein ernstes Bestreben sein wird, mit den Vertretern der Länder in wärmster Beziehung zu bleiben und zu stehen. Ich lege Wert darauf, daß Fragen, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und den Ländern

führen, die die nicht ganz ausgetauchte Art der Verfassung mit sich bringt, nur durch gegenseitiges Vertrauen und durch gegenseitige Verständigung erledigt werden sollen. In diesem Sinne werden meine Bestrebungen stets von dem Gedanken getragen sein, daß zwischen dem Reich und den Ländern ein warmes Vertrauensverhältnis bestehen soll. Wie lange meine Kanzlerschaft dauern wird, vermag ja niemand vorauszusagen. Jedenfalls soll, solange ich an dieser Stelle stehe, mein ernstes Bestreben darauf gerichtet sein, alles aus dem Wege zu räumen, was geeignet sein könnte, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu verschlechtern. Ich möchte aber auch dringend bitten, daß die Herren, denen ich auch persönlich etwas näher treten möchte, auch mir gegenüber ihr Vertrauen an den Tag zu legen, daß, wenn sie Wünsche an mich zu richten haben, sie diese unter allen Umständen ohne Umschweife persönlich mit mir besprechen.

Ich werde Ihnen, soweit es meine schwache Kraft vermag, in jeder Frage gern zur Verfügung stehen. Mein erstes Ziel soll es sein, den Bestand des Reiches und der Länder und ihr Wohlergehen zu sichern. Alle Fragen von Mann zu Mann zu besprechen, das ist mein fester Vorsatz, und ich bitte um Ihre, auf reichen Erfahrungen fußende Mitarbeit.

Der Vertreter Preußens, Weismann, dankte namens des Reichsrates dem Kanzler für seine Ausführungen und betonte, daß auch der Reichsrat wisse und es hoch anerkenne, daß nur die furchtbare Not des Vaterlandes den Kanzler veranlaßt habe, die Bürde des Amtes auf sich zu nehmen. Mit allen Kräften werden die Länder und ihre Vertretung, der Reichsrat, die Reichsregierung unterstützen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden, denen Reich und Länder gegenüberstehen.

Milderung der Ruhrbesetzung.

Auf Vorschlag Degouttes.

Was zunächst in den Zeitungen angedeutet wurde, wird jetzt durch eine offizielle Veröffentlichung des französischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bestätigt — die Ruhrbesetzung soll gemildert oder zum

wenigsten in andere Formen gebracht werden. Die Mitteilung besagt:

Auf Vorschlag des Generals Degoutte haben die französische und die belgische Regierung beschlossen, bereits jetzt gewisse Verwaltungs- und Begnadigungsmaßnahmen zugunsten Ausgewiesener und Verurteilter zu treffen. General Degoutte steht auf dem Standpunkt, daß der passive Widerstand wirklich aufgehört hat, wenn einerseits die Arbeit der Bergwerke und Fabriken tatsächlich aufgenommen ist und andererseits die Abmachungen, die mit dem Deutschen Reich über den Betrieb der Rhein- und Ruhr-eisenbahnen geschlossen wurden, von der Berliner Regierung ratifiziert und zur Anwendung gelangt sind. Der Tag für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist der 10. Dezember. Die Umgruppierungen der Truppen zu dem Zweck, den Kontakt mit der Bevölkerung zu vermindern, haben bereits begonnen und werden schrittweise durchgeführt werden.

Aus Düsseldorf wird dazu der „Chicago Tribune“ geschrieben, daß die gegenwärtige Effektivstärke der französischen Besatzungstruppen allmählich bis auf ein Minimum von 10 000 Mann herabgesetzt werden soll. Die deutsche Regierung werde in allen Zirkulationen, Behörden und übrigen Ämtern wieder tätig sein. Der französische Generalstab werde von Düsseldorf nach Mainz verlegt werden. Der eigentliche Industriebezirk werde wieder genau in den Zustand versetzt werden wie vor der Besetzung. Das Blatt will in diesem Sinne von einer sehr hoch stehenden französischen Persönlichkeit unterrichtet worden sein.

Bayerns Politik.

Rede des Ministerpräsidenten Knilling.

München, 5. Dezember.

Heute hielt Ministerpräsident Knilling im Ständischen Landtagsauschuß eine Rede zur Eröffnung der politischen Debatte. Er begann mit der Vorgeschichte des

Hitler-Putsch

und beanstandete, daß Reichswehrminister Geßler den Fall des Generals Löffow als reinmilitärischen Personalfall aufgefaßt habe. Im übrigen erklärte er, der Ministerpräsident für nicht unwahrscheinlich, daß eine für Bayern ehrenvolle Erledigung dieses Personalfalls in nächster Zeit zu erwarten sei. Zu den Vorgängen während der Putschtage sagte Knilling, das Hitlerische Unternehmen sei damit eingeleitet worden, in Bayern die verfassungsmäßige nationale Regierung zu stürzen und an die Stelle gesicherter Ordnung eine hemmungslose Gewaltherrschaft, fast ärgere als in der Kaiserzeit, zu setzen. Das deutsche Elend wäre noch namenloser gesteigert worden, wenn das Hitlerunternehmen auch nur vorübergehend gegolte wäre. Das, was am 8. November im Bürgerbräukeller proklamiert wurde, sei nicht bloß ein hochverräterisches Unternehmen, sondern auch eine Miesendummheit, zugleich aber eine Todesünde gegen den vaterländischen Gedanken gewesen. Restlose Aufklärung könne nur die Durchführung des Strafverfahrens gegen die Führer des Putsches bringen. Der Zweck des Strafverfahrens sei Gewährleistung, wenn es gegen die verantwortlichen Führer und gegen nachweislich am Putsch beteiligte pflichtvergeßene Staatsbeamte durchgeführt wird, aber nicht vor dem politischen Ausnahmegericht des Leipziger Staatsgerichtshofes, sondern vor bayerischen Richtern. Eine Aufklärung an den Staatsgerichtshof sei vom bayerischen Standpunkt aus untragbar und nicht erörterungsfähig. Trotz der Befugnisse des Generalsstaatskommissars bleibe der Regierung auch unter dem Ausnahmezustand noch ein weites Feld der Betätigung. Vor allem seien durchgreifende Sparmaßnahmen notwendig. Dem Landtag werde daher ein Ermächtigungsgesetz mit weitgehenden außerordentlichen Vollmachten zugehen.

Rücktritt des bayerischen Finanzministers.

Die innerhalb der bayerischen Regierung vorhandenen Schwierigkeiten, die in den letzten Tagen mit der Möglichkeit eines Personalwechsels in der Leitung des Ministeriums des Innern und des Landwirtschaftsministeriums rechnen ließen, haben inzwischen eine weitere Verschärfung erfahren dadurch, daß der Ministerrat das Verlangen des Finanzministers abgelehnt hat, ihm allein oder gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten bei der Durchführung des geplanten Ermächtigungsgesetzes diktatorische Maßnahmen zu verleihen. Der Finanzminister Dr. Krausnick hat darauf seinen Rücktritt erklärt.

Smuts über deutsche Wiederherstellung.

Atempause und Aufgabe der Ruhrpolitik.

General Smuts, der aus Europa in Kapstadt wieder eintraf, sagte über seinen allgemeinen Plan einer Wiederherstellung Deutschlands, allgemein gesprochen, gründe sich sein Vorschlag auf den Wiederaufbauplan, der in Österreich durchgeführt wurde. Er habe Gelegenheit gehabt, die Lage mit Staatsmännern und führenden Finanzfachverständigen aus allen Teilen Europas zu erörtern, diese alle seien der festen Überzeugung, daß, obgleich im Falle Deutschlands die Aufgaben der Wiederherstellung bis zu einem Punkt, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen könne, größer sein dürften, als im Falle Österreichs, die Wiederherstellung Deutschlands aber wahrscheinlich rascher vorstatten gehen würde; man meine, daß, wenn Deutschland eine Atempause gewährt werde und die Ruhrpolitik aufgegeben würde, Deutschland sich schnell erholen werde.

Die Überstunden im Ruhrbergbau.

Zustimmung der Bochumer Bergarbeiter.

Der Deutsche Bergarbeiterverband hielt in Bochum eine Konferenz zur Entscheidung über die Frage der Überstunden ab. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes gab in der Konferenz bekannt, daß man versuchen müsse, durch weitere Verhandlungen Verbesserungen des Abkommens mit den Franzosen zu erreichen, und schlug aus diesem Grunde vor, die Konferenz möge sich grundsätzlich mit dem Überarbeitsabkommen einverstanden erklären, andererseits aber den Verbandsvorstand beauftragen, sofort energische Versuche zur Verbesserung des Abkommens zu machen.

Nach sehr lebhafter Debatte wurde der Vorschlag des Vorstandes in geheimer Abstimmung mit 99 gegen 92 Stimmen angenommen. Der Bergarbeiterverband erwartet, daß sowohl von der Regierung als auch von den Unternehmern den Vorschlägen, die jetzt gemacht werden, gebührende Rechnung getragen wird, und daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem günstigen Ende geführt werden. Auch die Hirsch-Dunckerische Organisation der Bergarbeiter und die Polnische Berufsvereinigung erklärten sich einverstanden.

Das zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossene Abkommen bestimmt, daß für die Mehrarbeit nicht der reine Überstundenlohn, sondern ein Siebentel mehr gewährt wird. Das Abkommen gilt vom 5. Dezember bis zum 1. Mai nächsten Jahres.

Lokales und Provinzielles.

Schlesien, 7. Dezember 1923.

□ **Strafverfügungen gegen Schüler.** Der preussische Minister des Innern bringt in einer Verfügung die genaue Bestimmung eines auch heute noch in Geltung befindlichen Erlasses vom 14. Januar 1898 in Erinnerung. Nach diesem Erlass haben die Polizeibehörden von allen Strafverfügungen, die sie auf Grund des Gesetzes vom 23. April 1883 gegen Schüler (Schülerinnen) einer öffentlichen Lehranstalt erlassen, den Schulbehörden ungekürzt Kenntnis zu geben.

□ **Kinderausweise im Verkehr mit Polen.** Um Unzuträglichkeiten, die sich im Verkehr mit Polen herausgestellt haben, zu beseitigen, hat die polnische Gesandtschaft in Berlin gebeten, die zuständigen Behörden dahin verständigen zu lassen, daß alle Reisenden ohne Rücksicht auf ihr Alter zum Überschreiten der polnischen Grenze einen polnischen Sichtvermerk auf einem persönlichen Paß brauchen. Nur Kinder unter 14 Jahren, die in dem Paß ihrer Eltern aufgeführt sind und mit diesen zusammen reisen, sind nicht gezwungen, einen persönlichen Paß zu besitzen. Das Auswärtige Amt wird darauf hinwirken, daß die polnische Regierung deutsche Familienpässe gemäß dem Beschluß der Pariser Verkehrs-konferenz insoweit anerkennt, als es sich um darin aufgeführte Kinder zwischen 14 und 15 Jahren handelt. Diese Visierung deutscher Kinderausweise lehnt die polnische Regierung nicht grundsätzlich ab; sie behält sich vielmehr die Entscheidung von Fall zu Fall vor. Abgelehnt wird die Erteilung von Sichtvermerken auf Kinderausweisen grundsätzlich nur dann, wenn die Ausweise von andern Behörden als Polizeibehörden ausgestellt sind, oder wenn kleine Kinder ohne Begleitung Erwachsener nach Polen reisen wollen.

□ **Letztliche, 4. Dez.** Verunglückt. Hier ereignete sich in den Steinbrüchen der Westf. Kalkwerke ein tödlicher Unglücksfall. Der Bohrer Josef Häufinger, 33 Jahre alt, stürzte beim Bohrerwechsel etwa 40 Meter tief herab und blieb mit zerschmetterten Gliedern am Boden des Steinbruchs tot liegen. Der Verunglückte, Vater von 2 Kindern, wurde dem Krankenhaus Letztliche überwiesen.

□ **Eidel, 5. Dez.** Das 1½-jährige Söhnchen des Eheleuts Bobrowski fiel in einen mit kochendem Wasser gefüllten Topf und starb an den Brandwunden. Ein Bergmann in der Roonstraße wurde im Streite von einem anderen Bergmann mit einem Messer in die Stirn gestochen.

□ **Röhlingshausen, 5. Dez.** In der Bochumer Straße wurde in den Keller eines Rechnungsführers eingebrochen und Lebensmittel im Werte von 75 Billionen Mark entwendet.

□ **Dortmund, 5. Dez.** Die Direktion der Dortmunder Union hat 4000 Arbeitern durch Einschreibebrief zum 17. Dez. gekündigt, ebenso 100 Beamten zum gleichen Termin. Zum 1. Dezember soll weiteren 300 Beamten gekündigt werden.

□ **Görde, 5. Dez.** Der 19-jährige Schloffer Graßhoff hatte sich vor dem Militärpolizeigericht in Witten zu verantworten, weil er angeblich mit vier anderen Arbeitskollegen zusammen, einem 15-jährigen und einem 18-jährigen Mädchen aus Görde, die mit Franzosen in Beziehung standen, die Haare abgeschnitten habe. Die vier eigentlichen Täter, die sich der Beerdigung durch die Flucht entzogen hatten, wurden mit je 1½ Jahren Gefängnis bestraft. Graßhoff wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

□ **Wildebe, 5. Dez.** Der Getreidehändler E. Mark wollte auf der Jaod im benachbarten Massenerfeld zwei Hunde trennen, die sich ineinander verbißen hatten. Mark trug ein gefährliches Gewehr bei sich, das sich aber durch einen unglücklichen Zufall entlud. Dem Unglücklichen drang die ganze Ladung in den Unterleib und verursachte schreckliche Schmerzen, an denen er nach einigen Stunden starb.

□ **Münster, 5. Dez.** Einen tragischen Lebensabschluß fand der 21-jährige Baugewerkschüler Heinrich R. von hier, der ein Liebesverhältnis zu einer 15-jährigen Schülerin in Bielefeld unterhielt. Als bei einem Besuch bei ihren Eltern diese, um das Verhältnis aufzulösen, dem jungen Mann Vorhaltungen machten, brachte sich dieser kurzerhand mit einem Revolver einen Schuß unter dem Herzen bei. An dieser Schußverletzung ist der junge Mann gestorben. Das Mädchen hatte vorher einen Brief geschrieben, in dem sie den Erschossenen aufforderte, Morphium zu besorgen, womit sie sich beide vergiften wollten.

□ **Kemscheid, 4. Dez.** Heute vormittag fanden Verhandlungen auf dem Rathause statt, in denen dem Erwerbslosenrat zugelegt wurde, daß morgen Brot und billige Lebensmittel gegen Gutschein an die Erwerbslosen abgegeben werden sollten. Während die Verhandlungen noch andauerten, verlangten Erwerbslose, größtenteils junge Burschen, in Bäckerei- und Metzgerläden schon unentgeltlich Waren, die ihnen auch teilweise ausgehändigt wurden. Nachmittags kam es dann zu großen Anspannungen auf der Allerstraße. Schaufensterheben und Schaukästen wurden eingeschlagen, auch Brotwagen hatten unter den Plünderungen zu leiden. Die Polizei hatte reichlich zu tun, um die Ansammlungen zu zerstreuen. Sie mußte verschiedentlich mit der blanken Waffe vorgehen.

Sitzung des Kleinhandelsausschusses.

□ **Hagen, 5. Dez.** Der Kleinhandelsausschuß der Handelskammer tagte am 29. November im Handelskammersitzungsaal unter dem Vorsitz des Herrn Ernst Wehlar, Hagen.

1. Herr Dr. Hopff sprach über Goldmarkrechnung und Goldmarkpreisschilder. Bei dieser Gelegenheit wurde beklagt, daß die Preisprüfungsstelle der Handelskammer zu den letzten Sitzungen nicht herangezogen habe. Die Stadt soll für die Folge darum gebeten werden. Die Kommission, die gelegentlich der Besprechung zwischen Lebensmittelgroßhandel und den Banken vor einiger Zeit von der Handelskammer bestellt wurde, wurde der Reichsbank zur Mitwirkung bei der Auswahl der Devisenzuteilung in Erinnerung gebracht.

2. Ueber den Stand der Verhandlungen über die Goldmarklösung an Angestellte berichtete Herr Schild. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Nach Abschluß werden die Sätze bekanntgegeben werden.

3. Nach einer Aussprache über Papiermarkverordnung und Einzelhandel wurde folgende Stellungnahme getroffen:

„Der Kleinhandelsausschuß der Handelskammer beschließt auf Grund seiner Kalkulation und mit Rücksicht auf die gleichmäßige Bewertung der Kundschaft bei Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Rentenmark, Goldanleihe) keinen Rabatt zu gewähren.“

4. Ueber die Verhandlung der Kartelle der deutschen Industrie berichtete Herr Dr. Voigt. Der Kleinhandel nahm zu diesen Verhandlungen großes Interesse da er zum großen Teil Käufer von Waren von syndizierten Erzeugnissen ist.

5. Des Weiteren wurden die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen über den Ertrag von Tumultschäden besprochen.

6. Ferner wurde die Regelung der Vertretung des Einzelhandels bei der Handelskammer in einer dem einlässigen Kleinhandel genehmen Weise weiter gefordert. Die Geschäftsleitung der Handelskammer sagte zu.

Ueber die Beschlüsse der Gewerbesteuerordnung des Gewerbesteuerausschusses im Landtag berichtete Herr Dr. Voigt, sowie auch von der Eingabe der Handelskammer über die Besteuerung der Konsumvereine. Ferner über die Behandlung der Abzüge von der Gewerbesteuer für selbstständig arbeitende Inhaber von Handels- und Handwerksbetrieben.

Straßenkämpfe in Elberfeld.

Tote und Verwundete.

In Elberfeld kam es Dienstagabend zu Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte durch Erwerbslose, die vorher die Annahme der Unterstützungen verweigert hatten. Mehrere tausend Erwerbslose versammelten sich nachmittags an der Grenze des besetzten Gebietes. Sie hatten zu ihrem Schutz gegen die Schupo ein französisches Aufgebot aus Neviges herbeigeholt und versuchten in geschlossenem Zuge in Elberfeld einzurücken. Sie wurden aber von der Schupo daran gehindert. Als der Menge wurde auf die Beamten geschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Die Schupo hatte vier Verletzte, auf Seiten der Demonstranten gab es viele Verwundete und mehrere Tote, wie es heißt neun. Die Franzosen haben sich passiv verhalten und sind nach Neviges zurückgekehrt.

Bei Versuchen einzelner Gruppen, in die Stadt einzudringen und weitere Plünderungen vorzunehmen, ist es dann zu Straßenkämpfen gekommen. In den späten Abendstunden war die Schupo wieder Herrin der Lage.

Kleine Nachrichten.

Krankenversicherung bis zu 150 Goldmark.

Berlin, 5. Dezember. Den ersten Schritt zur Überleitung von der Papiermark auf die Goldmark hat jetzt auch die Krankenversicherung getan. Die für die Versicherungspflicht der Angehörigen maßgebende Verdienstgrenze ist mit Wirkung vom 1. Dezember ab auf 150 Goldmark pro Monat festgesetzt. Bis zu dieser Verdienstgrenze ist

auch die freiwillige Versicherung zugelassen. Die bisherige Bestimmung, daß Versicherungspflichtige, die diese Einkommensgrenze überschreiten, erst mit dem ersten Tage des vierten Monats aus der Versicherungspflicht ausscheiden, bleibt bestehen.

Überfluß an Attachés.

Berlin, 5. Dezember. Obwohl infolge der Beamtenabbauordnung die Aussichten auf Einstellung für die im Auswärtigen Amt vorhandenen Attachés als außerordentlich ungünstig bezeichnet werden müssen, gehen noch immer zahlreiche Meldungen um Aufnahme als Attaché ein. Wie man hört, wird eine Einstellung von Attachés im Auswärtigen Amt bis auf weiteres nicht mehr erfolgen.

Stimmen aus dem Handwerk.

Erfurt, 5. Dezember. Der politische Ausschuss des Mitteldeutschen Handwerkbundes befaßte sich in einer Sitzung mit Wiederaufbaufragen des Handwerks. Er erachtet als notwendig eine allgemeine Steigerung der Produktion durch rationelle Ausnutzung aller vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und erblickt in einer Neuorganisation der Wohnungs-Gesetzgebung und einer Aufhebung der Wohnungs-Zwangswirtschaft einen Weg, um die Beschäftigungslosigkeit im Handwerk zu beseitigen. Er verurteilt auf das Schärfste die Heraussetzung der Goldmarkpreise und verlangt eine scharfe Kontrolle der Preisbildung bei den Vorlieferanten des Handwerks. Die für diese Maßnahmen geeigneten Schritte werden unternommen.

Der Berliner Separatistenführer.

Berlin, 5. Dezember. Dem Stadtanzeiger wird von zuverlässiger Seite geschrieben: Im sogenannten „Nabegau“ führt Amtsgeschäftsrat Braudmann von Meissenheim die Sonderbündler. Die preussische Justizverwaltung hat die erforderlichen Maßnahmen hiergegen ergriffen. Der „Rheinländer“ Braudmann ist im übrigen in Berlin geboren.

Amerikanische Lebensmittelhilfe.

London, 5. Dezember. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit: General Logan, der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission, ist im Begriff, seine alliierten Kollegen in der Frage der Nahrungsmittelkredite zu sondieren, die die Vereinigten Staaten im Laufe des gegenwärtigen Winters Deutschland zu gewähren bereit sind. Der ursprüngliche Betrag der Kredite war auf 20 bis 35 Millionen Dollars in Aussicht genommen, aber es ist wohl möglich, daß diese Kredite bis zu annähernd dem doppelten Betrage gesteigert werden könnten.

Städtischer Viehhof Elberfeld. 3. Dez. Die aus verschiedenen Städten gemeldeten Preissteigerungen machten sich auch auf dem hiesigen Schlachtviehmarkt bemerkbar. Großer Auftrieb und starke Zurückhaltung

der Käufer waren das äußerliche Bild, während man noch bis vor kurzem die umgekehrte Feststellung machen konnte. Das Ueberangebot hatte bei manchen Viehgattungen einen überraschenden und kaum erwarteten Preisrückgang zur Folge. Am vorigen Montag kosteten Schweine 1400—1800, Ochsen 600—1200, Bullen 550—1100, Färsen und Kühe 450—1200 Jungvieh 500—700, Kälber 500—1000. Die Preise dieser Woche waren 900—1100 für Schweine, 400—500 für Ochsen, 500—700 für Bullen, 300—750 für Färsen und Kühe, 400—550 für Jungvieh, 450—800 für Kälber. Es sind also Preisabschläge bis zu 30% festzustellen, so daß in dieser Woche eine Senkung der Fett- und Fleischpreise eintreten muß.

Börse und Handel.

In Millionen Mt. Was kosten fremde Werte? In Millionen Mt.

Börsenplätze	5. 12.		4. 12.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1596 000	1 604 000	1 586 025	1 593 975
Dänemark 1 Kr.	752 115	755 88	752 115	755 885
Schweden 1 Kr.	1 107 225	1 112 775	1 099 245	1 104 755
Norwegen 1 Kr.	628 425	631 575	628 430	629 570
Finnland Mark	103 740	104 260	103 740	104 260
Amerika 1 Doll.	1189 500	1210 500	1189 500	1210 500
England 1 Pfd.	18 354 000	18 446 000	18 154 500	18 245 500
Schweiz 1 Fr.	734 160	737 840	728 175	731 825
Frankreich 1 Fr.	225 435	226 565	223 440	224 560
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	193 515	194 485
Italien 1 Lira	179 550	180 450	179 550	180 450
Tschechien 1 Kr.	123 690	124 310	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	58 852	59 148	58 852	59 148
Ungarn 1000 Kr.	219 450	220 550	217 455	218 545

Deutsche Werte am 5. Dezember.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschuldanweisungen	44 Mill.
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200 Milliard. Papierm.
in Goldpfennig	10
Eine Goldmark	1000

* Die Rentenmark in der Schweiz. Das neue wertbeständige deutsche Geld kommt auch in der Schweiz mehr und mehr in den Verkehr. Im Kleinhandel wurden am 4. Dezember für die Rentenmark 1,30 Franc gezahlt, für eine ganze Dollarschuldanweisung 6,50 Franc. (Dollarskurs 5,75 Franc.)

Berlin, 6. Dez. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Wohl Dir, Du hast genug gelitten,
Nach langem Ringen fandest Du,
Nachdem Du hast genug gelitten,
Im Schoß der Erde sanfte Ruh.

Heute morgen 10 Uhr verschied
sanft und ruhig nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann,
unser treusorgender, guter Vater,
Grossvater, Schwiegervater u. Onkel

Conrad Hill

im vollendeten 77. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.

Schmidtsiepen, Ehringhausen,
Oberbrügge, Halver und Brügge,
den 4. Dezember 1923

Die Beerdigung findet am Freitag,
den 7. Dezember, nachm. 2 Uhr vom
Sterbehause aus statt.



Heute morgen 5 1/2 Uhr starb
plötzlich und unerwartet unser einziger,
lieber, unvergesslicher Sohn
und Enkel

Wilhelm

im blühenden Alter von 10 Jahren
und 2 Monaten.

Dieses zeigen an mit der Bitte
um stille Teilnahme
die trauernden Hinterbliebenen:

August Clever
Marie Clever
geb. Mesenhöller
Wilh. Clever.

Grünenbaum, den 6. Dez. 23.

Die Beerdigung findet Montag, den
10. Dez. 1923 nachm. 2 Uhr vom Sterbe-
hause aus statt.

Billigste Bezugsquelle für Herren- und Damen-Konfektion.

Stets auf Lager:

Damen-Mäntel	in Flauch, Tuch und deutscher Wolle	von 15—45 Mk.
Damen-Kleider	in Garboline, Popeline und Cheviot	von 15—50 Mk.
Damen-Kostüm-Röcke	in Garboline, Cheviot und Wolle	von 5—20 Mk.
Damen-Blusen	in Popeline und Wolle	von 5—20 Mk.
Damen-Strickjacken		von 12—25 Mk.
Herrn-Anzüge	in guter Qualität	von 45—95 Mk.
Herrn-Paletots u. Schlüpfer		von 50—95 Mk.
Herrn-Hosen	in schönen Streifen und guter Qualität	von 28 Mk.
Burschen-Hosen	in schönen Streifen und guter Qualität	von 23 Mk.
Gestr. Knaben-Anzüge		von 12—29 Mk.
Knaben- u. Mädchen-Sweater		4—10 Mk.

Paul Schulte, Halver-Obernherweg 1.

In das Handelsregister A Nr. 270 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft Gebr. Wirminghaus, Bäckermühle b. Halver eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist mit Aktiven und Passiven auf den bisherigen Gesellschafter Ewald Wirminghaus in Radesvornwald als alleinigen Inhaber übergegangen. Die Einzelhandelsfirma ist sodann erneut in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt, die am 14. November 1923 begonnen hat. Der Ingenieur Emil Thäter in Köln und der Gastwirt Willi Spannagel in Vogelsmühle bei Dahlhausen sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten.

Lüdenscheid, den 28. 11. 1923

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 838 ist heute die Firma Mag vom Brocke, Halver und als Inhaber der Kaufmann Mag vom Brocke in Halver eingetragen.

Lüdenscheid, den 29. 11. 1923.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister B Nr. 94 ist heute bei der Firma A. Kinkel Gesellschaft in beschränkter Haftung in Berlin mit einer Zweigniederlassung in Schalksmühle unter der Firma: A. Kinkel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Schalksmühle eingetragen worden: Kaufmann Werner Engel in Hagen ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Ernst Postter in Hagen (Westfalen) ist zum Geschäftsführer bestellt.

Lüdenscheid, den 1. 12. 1923.

Das Amtsgericht.

Kopierbücher zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver.

Nur in meinem
Bettfedernlager

Vorsicht
Preiswert



Bettfedern
Inlette

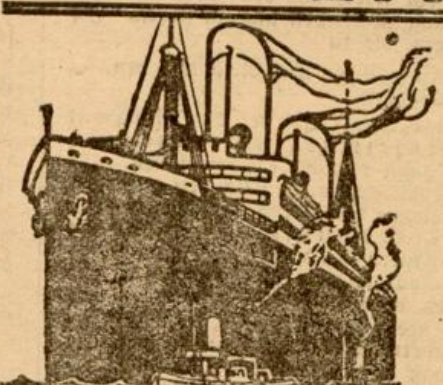
Fertige Betten
werd. kostenlos im
kleinen des Käufers
aufgestellt.
Ernst Windmüller,
Bettfedern-Großhandl.
Bismarckstr. 24
am Wilhelmshafen
Telefon 3094
Strahlenbahnhaltestelle
Linie 8
Geschäftszeit von 8 Uhr
morg. bis 7 Uhr abends
Hagen i. W.

Briefkastetten

mit und ohne Druck
empfiehlt

Wilh. Bell jr.,
Halver.

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN-AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr
mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unter-
bringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen.
Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER

LLOYD

+ BREMEN +

und seine Vertreter.

In Lüdenscheid: Ferdinand Bochmann, Spedition,
in Essen: Norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent, Handelshof.

Milchversandschneine

mit und ohne Namensdruck
liefert schnell und billigst
Wilh. Bell jr., Halver.

Die Zusatzrenten für
Kriegsbeschädigte und
Kriegsunterbliebene Kin-
der vom 8—15. d. Mts.
abgeholt werden.
Amt Halver.

Suche zum 1. Januar
n. J. ein tüchtiges, in
Haus- u. landwirtschaftl.
Arbeiten erfahrendes

Mädchen.

Näheres zu erfragen
in der Geschäftsstelle des
Allgem. Anzeigers Halver.

Auf dem Wege von
Bolsenbach bis zur Lüse-
brin'schen Fabrik eine
schwarze Brieftasche
mit Inhalt und Paß
auf den Namen Heimr.
Knapp-Bochum lauernd
verloren

Der ehrliche Finder wird
gebeten, dieselbe gegen
hohe Belohnung bei
Gröppel-Hulvershorn
abzugeben.

Erzielt eine Auswahl
hochtragender

Kühe.

Carl Schmale, Halver.
Telefon 23.

Insertate

für die
Tagesausgabe
erbitten wir
bis spätestens

3 Uhr
nachm.
tags vorher.

Größere An-
zeigen wollen
man früher auf-
geben, da sonst
für eine schöne
Ausstattung
gute Plazie-
rung keine Ge-
währ über-
nommen wer-
den kann.

Der Verlag.